

Modellprojekt Sozialsprechstunde – Zwischenbericht der AG Sozialsprechstunde für die MVV Nov. 2024

Seit die Mitgliederversammlung im April 2024 beschlossen hat, das *Modellprojekt Sozialsprechstunde* in Neukölln auszuprobieren, ist viel passiert. Wir sind stolz darauf, dass sich die Sozialsprechstunden nun als fester Termin etabliert haben und freuen uns auf viele weitere Monate, in denen DIE LINKE Bürgerinnen und Bürgern in Notlagen unterstützen kann.

In verschiedenen Teilen der Linken wird unter dem Überbegriff "Die Linke Hilft" bereits jetzt direkte Unterstützung für Anwohner*innen angeboten. Im *Modellprojekt Sozialsprechstunde* will der Bezirksverband Neukölln herausfinden, in welchem Maße ein Angebot von Sozialsprechstunden und bei Bedarf auch direkter finanzieller Unterstützung nach dem Vorbild der KPÖ in Neukölln funktionieren kann.

Wann finden die Sprechstunden statt und wie viele haben bislang stattgefunden?

Seit Mai haben wir immer mittwochs einen Beratungstermin von 16 bis 18 und einmal im Monat 16 bis 20 Uhr anbieten können. Bislang kamen wir damit auf 27 Sprechstunden in den Räumen der Geschäftsstelle der LINKEN. Gestemmt werden diese Beratungstermine vorwiegend ehrenamtlich durch uns als AG. Hinzu kamen zehn weitere Termine am Freitag, die von den beiden Abgeordneten (MdA) Ferat Kocak und Niklas Schrader und ihren Teams mit Unterstützung der AG betreut wurden. Insgesamt sind das also 37 Termine, an denen Bürgerinnen und Bürger von uns bei ihren Anliegen unterstützt werden konnten.

Wie viele Beratungsgespräche haben schon stattgefunden?

Wir haben nicht jede Sprechstunde protokolliert, kommen aber auf mindestens 40 Beratungsgespräche. Während es gerade zu Beginn des Modellprojekts auch mal vorkam, dass niemand die Sozialsprechstunde besucht hat, ist dies mittlerweile eher die Ausnahme. Wir haben durchschnittlich 2 Beratungsgespräche pro Sprechstunde, es können aber durchaus auch mal 4 oder 5 sein.

Mit welchen Problemen kommen die Leute in die Sprechstunden?

Wir hatten mehr direkte finanzielle Notlagen erwartet. Stattdessen sind kommen die Hilfesuchenden nahezu immer wegen bürokratischer Probleme, die wegen ihrer möglichen finanziellen Auswirkungen dringlich sind. Wenn wir nicht selbst weiterhelfen können, weil uns die rechtliche Expertise fehlt, verwei-

sen wir in der Regel weiter an geeignete Stellen, z.B. die Rechtsberatungen der Linken Neukölln.

Wie oft wurde finanzielle Unterstützung geleistet?

Es wurde nur zweimal Geld ausgezahlt, einmal davon als Darlehen, weil es keine dafür passenden Fälle gab, obwohl die Möglichkeit der finanziellen Unterstützung in der Bewerbung explizit benannt wird.

Gibt es Fälle, die besonders im Gedächtnis bleiben?

Mit dem Darlehens ist es gelungen, den Mietvertrag eines iranischen Studenten zu retten. Dieser war nach einem queerfeindlichen Übergriff arbeitsunfähig geworden und konnte so seine Miete nicht mehr zahlen. Vom Jobcenter gab es keine Unterstützung, weil er als ausländischer Student von Leistungen ausgeschlossen ist.

Inwieweit wird die Linke als Partei erlebt, die Menschen bei konkreten Problemen helfen kann?

Unser Eindruck ist, dass wir in den Sprechstunden vor allem erlebt werden als Partei, die die Lebenswirklichkeit der Menschen versteht und ernst nimmt, ein offenes Ohr hat, und solidarisch auftritt. Uns wird sehr große Dankbarkeit und Freude über das Angebot der Linken rückgemeldet.

Was kann noch verbessert werden?

Das Angebot der Sozialsprechstunden ist noch zu unbekannt. Wir würden gerne mehr dort, wo die Hilfe am Nötigsten gebraucht wird, präsent sein. Dafür wünschen wir uns mehr Mitstreiterinnen und Mitstreiter.

Wie viele Leute sind aktiv in der AG und wie kann man mitmachen?

Unsere AG besteht aus ca. 20 Aktiven auf dem Chat. Auf unseren monatlichen Aktiventreffen kommen so zwischen 5 und 10 Leuten. Da ist also definitiv noch Platz für mehr Leute, die Lust haben mal eine Sprechstunde zu geben. Das ist auch viel einfacher, als man denkt. Wir alle sind Laien, unterstützen uns gegenseitig und geben die Sprechstunden mindestens zu zweit. Wenn du mitmachen möchtest, melde dich sehr gern bei tony.pohl@die-linke-neukoelln.de und komm einfach mal vorbei!

Gegen Armut und Ausgrenzung

Die linken Kümmerer

Ärger mit dem Amt, dem Vermieter oder Nachbarn? In der Sozialsprechstunde der Neuköllner Linken gibt es praktische Hilfe und einen Fonds für Notfälle.

9.10.2024

Von Susanne Memarnia

BERLIN taz | Ein Mann öffnet die Tür zur Geschäftsstelle der Neuköllner Linkspartei und bleibt auf der Schwelle stehen. Er ist um die 40, von magerer Gestalt, seine Kleidung ist verschlissen. Schüchtern blickt er sich um, offenbar unsicher, ob er hier richtig ist. An einem großen Tisch sitzen zwei bürgerlich gekleidete Menschen: Sarah Nagel, Bezirksstadträtin in Elternzeit, und Tony Pohl, Mitarbeiter der Linksfraktion in der Bezirksverordnetenversammlung. „Sie kommen zur Sozialberatung?“, fragt Pohl freundlich. „Setzen Sie sich, bitte.“

Der Mann berichtet in stockendem Deutsch, was los ist: Seit August ist er obdachlos, schläft auf der Straße, in seinem Wohnheim hat er Hausverbot bekommen – unverschuldet, wie er beteuert. Schon vier Mal war er seither beim Sozialamt: „Sie sagen, sie haben keinen Platz für mich.“ Deswegen hat er dann auch seinen Ausbildungsplatz verloren, er wollte eine Sachkundeprüfung als Sicherheitsdienstmitarbeiter machen, „aber daran kann ich gerade gar nicht denken“.

Tony Pohl nickt und sagt: „Sie brauchen erst ein Zimmer, ohne kann man nicht arbeiten.“ Routiniert stellt er ein paar Nachfragen, etwa ob der Mann eine „Zuweisung“ des Bezirksamts habe. „Ja“, erwidert der, wühlt kurz in seinen Unterlagen und hält Pohl ein Schreiben hin. Pohl überfliegt es und weiß, was zu tun ist. „Sie sollten sich begleiten lassen zum Sozialamt. Die sind verpflichtet, Sie unterzubringen.“

Der Mann ist einverstanden, und so sucht Pohl in seinem Laptop nach einem Parteifreund für die Amtsbegleitung in Marzahn-Hellersdorf, das in diesem Fall zuständig ist. Er notiert Name und Telefonnummer des Mannes, verspricht, sich bald zu melden – und gibt ihm zum Abschied noch einen Hinweis: Notfalls könne er in „die Teupe“ gehen, eine Erstaufnahme für Wohnungslose in Neukölln: „Die Notschlafstellen der Kältehilfe dort haben schon auf.“

Seit Mai bietet die Neuköllner Linke „Sozialsprechstunden“ an: mittwochs in der Geschäftsstelle in der Wipperstraße, freitags im Büro der Neuköllner Abgeordnetenhausmitglieder Ferat Koçak und Niklas Schrader. Alle können mit ihren Problemen kommen, egal ob es um Ärger mit dem Jobcenter, dem Sozialamt, dem Vermieter, in der Schule, bei der Arbeit oder mit der Polizei geht. Vorbild ist die Kommunistische Partei Österreichs (KPÖ), die schon länger diese Art der direkten Hilfe betreibt. Zwar bieten auch die deutschen Genossen Beratungsangebote zu diversen Themen unter der Rubrik „Die Linke hilft“ an. „Solche Kümmererstrukturen sind ja linke DNA, Teil unserer Traditionslinie“, sagt Sarah Nagel.

Das Neue an der Sozialberatung à la KPÖ: Es gibt zusätzlich einen Sozialfonds, finanziert mit dem Geld von Amts- und Mandatsträgern. Auf Beschluss der Vollversammlung des Neuköllner Linke-Bezirksverbands verdienen die Abgeordneten Koçak und Schrader wie auch Stadträtin Nagel „nur“ noch so viel wie ein Mitarbeiter der Geschäftsstelle in Vollzeit, der Rest ihres Gehalts wird gespendet oder geht in den Fonds.

Damit könnte man zum Beispiel einem Jobcenter-Kunden zu einem neuen Kühlschrank verhelfen, erklärt Pohl. „Das Jobcenter gibt dafür nur noch Darlehen, die man abzahlen muss.“ Allerdings würde auch der Sozialfonds zum Kühlschrank nur einen Teil beitragen können, denn die beschlossene Obergrenze pro Fall liegt bei 200 Euro.

Bisher ist der Fonds kaum in Anspruch genommen worden, und wenn, nur für Kleinigkeiten wie Kopierkosten. Eigentlich habe man das Gegenteil erwartet, berichtet Nagel, und auch deshalb strenge Kriterien für die Vergabe beschlossen. Dazu zählt neben der Obergrenze auch, dass die Ausgabe „alternativlos“ sein muss. „In der Beratung stellen wir aber meistens fest, dass es Alternativen gibt, weil die Menschen rechtliche Ansprüche haben“, so Nagel.

Diese Erfahrung hat auch Ferat Koçak gemacht, der freitags im Wochenwechsel mit Niklas Schrader in der Schierker Straße berät. Einmal, berichtet Koçak, sei eine Familie gekommen, die einen zweiten Kinderwagen brauchte fürs zweite Kind, den aber das Jobcenter nicht bezahlen wollte. „Wir hätten ihnen den Kinderwagen gekauft, aber dann hat unser Brief das Amt doch umgestimmt.“

Überhaupt spielen Briefe eine wichtige Rolle in der Sozialberatung: Briefe von Behörden, Vermietern oder Versicherungen, die kaum verständlich sind, nicht einmal für Muttersprachler. Briefe, die Ratsuchende schreiben müssen, ans Amt, an wen auch immer. Für viele ältere Menschen, nicht nur Migranten, sei das eine Herausforderung, sagt Koçak. „Ich habe auch erst im Zivildienst gelernt, wie man einen Brief schreibt, mit Datum, Betreff und allem.“

An dem Tag, an dem die taz zu Besuch ist, kommt eine Frau in Koçaks Beratung, die sehr viele Briefe mitbringt – und einen ganzen Stapel von Problemen. Sie redet ohne Punkt und Komma, alles geht durcheinander: Ärger mit dem Vermieter, der sie vor Monaten aus ihrer Wohnung warf, Ärger mit dem Jobcenter, das die Miete nicht mehr zahlt, Ärger mit der Polizei, die sie aus der Wohnung wies. Koçak hört sich alles an, überhört die rassistischen Tiraden mittendrin über „die Türken“, sortiert die vielen Briefe und bringt Struktur in den Wust.

Für die Sache mit der Polizei empfiehlt er die Strafrechtsberatung in der „Roten Lilli“, einem kommunistischen Stadteilladen um die Ecke, und schreibt die Adresse auf. In der Vermieterangelegenheit, findet er heraus, hat der Mieterverein schon einen Brief aufgesetzt. Für das Jobcenter formuliert Koçak ebenfalls einen Brief, liest ihn der Frau vor und druckt ihn aus. Wenn das nicht helfe, könne sie auch gerne in die Rechtsberatung der Linken kommen, ebenfalls am Mittwoch in der Geschäftsstelle. „Ich weiß schon, warum ich Sie gewählt habe“, sagt die Frau und zieht zufrieden ab.

Etwas erschöpft, aber ebenfalls zufrieden stellt sich Koçak vor die Tür und raucht eine Zigarette. „Die Leute sollen sich keine Gedanken machen müssen, wo sie mit ihren Problemen hingehen können.“ Natürlich sei es Aufgabe der Linken, politisch dafür zu kämpfen, dass „der Staat funktioniert“ und alle zu ihrem Recht kommen, sagt Koçak. „Aber hier geht es darum, den Menschen einen konkreten Weg aufzuzeigen, wie sie sich selbst helfen können.“

Nicht allen in der Linken gefällt dieser Ansatz. Manche sähen diese Arbeit nicht als politisch an, sagt Sarah Nagel, „denn es geht nicht in erster Linie um die Änderung der Verhältnisse, sondern um konkrete Hilfe unter den aktuellen Verhältnissen“. Für die „Kümmerer“ ist das kein Widerspruch. Sie sehen sich durch die ersten Monate mit der neuen Sprechstunde bestätigt – und wollen auf dem Parteitag im Oktober einen Antrag einbringen, das Ganze bundesweit aufzuziehen.

Für Koçak, der gerade seine Bereitschaft erklärt hat, bei der nächsten Bundestagswahl als Direktkandidat für Neukölln anzutreten, könnte dies der erste Härtefall auf Bundesebene werden. Aber er ist überzeugt: „Die Sozialberatung ist linke Politik, nahe an den Menschen.“